(2) Die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis hat zu erfolgen, wenn die Gründe, die zur Zurücknahme führten, nicht mehr bestehen. Die Wiedererteilung kann von der Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses oder Sachverständigengutachtens sowie einer erneuten Prüfung oder Schulung abhängig gemacht werden.

§ 6

Entzug der Fahrerlaubnis

(11 Die Deutsche Volkspolizei kann die Fahrerlaubnis entziehen, wenn der Inhaber

- a) durch wiederholte oder schwerwiegende Verstöße gegen Rechtsvorschriften zum Ausdruck brachte, daß er der gesellschaftlichen Verantwortung, die mit der Führung eines Kraftfahrzeugs verbunden ist, nicht gerecht wird oder
- b) den im Führerschein eingetragenen Auflagen oder Bedingungen zuwiderhandelte.

(21 Die Fahrerlaubnis kann bis zur Dauer von 3 Jahren entzogen werden, wenn der Inhaber als Führer eines Kraftfahrzeugs eine Straftat begangen hat und deshalb von einem gesellschaftlichen Gericht zur Verantwortung gezogen wurde.

(31 Die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis kann erfolgen, wenn der Bürger in der Folgezeit durch sein Verhalten beweist, daß die Gründe, die zum Entzug führten, nicht mehr bestehen. Die Deutsche Volkspolizei kann die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis von Bedingungen sowie einer erneuten Prüfung oder Schulung abhängig machen und für die Beantragung der Wiedererteilung Fristen festlegen. Die Frist soll 3 Jahre nicht überschreiten.

§ 7

Rückgabe des Führerscheins

Wird die Fahrerlaubnis gemäß §§ 5 oder 6 zurückgenommen oder entzogen, ist der Inhaber verpflichtet, den Führerschein und den dazugehörigen Berechtigungsschein unverzüglich, spätestens innerhalb von 8 Tagen nach Zustellung oder Bekanntgabe der Entscheidung bei der zuständigen Zulassungsstelle abzugeben.

§ 8

Ausländische Führerscheine

(11 Gültige ausländische Führerscheine, die nach internationalen Regelungen für den Straßenverkehr ausgestellt worden sind, berechtigen zum Führen von Kraftfahrzeugen in der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend den in den Führerscheinen bestätigten Fahrzeugklassen.

(21 Ausländische Führerscheine gemäß Abs. 1 berechtigen zum Führen von Kraftfahrzeugen in der Deutschen Demokratischen Republik für die Dauer 1 Jahres, wenn in zwischenstaatlichen Vereinbarungen nichts anderes geregelt ist.

(3) Von der Deutschen Volkspolizei wird an den Inhaber eines ausländischen Führerscheins auf Antrag der Führerschein der Deutschen Demokratischen Republik ausgegeben, wenn keine Bedenken hinsichtlich seiner Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie seiner Kraftfahrtauglichkeit bestehen und der Antragsteller

- a) sich mit einem nach den Rechtsvorschriften¹ gültigen Personalausweis oder einem anderen zur Legitimation geltenden Personaldokument der Deutschen Demokratischen Republik ausweist sowie
- b) den internationalen oder nationalen Führerschein — erforderlichenfalls mit einer Übersetzung in deutscher Sprache — vorlegt.

(41 Dem Inhaber eines ausländischen Führerscheins kann unter den Voraussetzungen gemäß §§ 5 oder 6 das Recht aberkannt werden, Kraftfahrzeuge in der Deutschen Demokratischen Republik zu führen. Die Aberkennung ist aufzuheben, wenn die Gründe dafür nicht mehr bestehen.

III.

Zulassung von Fahrzeugen

§ 9

Voraussetzungen für die Zulassung

(11 Kraftfahrzeuge und deren Anhänger (nachfolgend zulassungspflichtige Fahrzeuge genannt) bedürfen für den Verkehr auf öffentlichen Straßen einer Zulassung durch die Deutsche Volkspolizei, die durch einen Zulassungsschein, ein polizeiliches Kennzeichen und die Bestätigung einer Kennzeichentafel erteilt wird.

(21 Voraussetzungen für die Zulassung von zulassungspflichtigen Fahrzeugen sind:

- a) die Vorlage des Fahrzeugbriefs mit der darin bestätigten Betriebserlaubnis,
- b) die Verkehrs- und Betriebssicherheit des Fahrzeugs,
- c) der Nachweis der Eigentums- und Besitzverhältnisse,
- d) der Nachweis über die Entrichtung der Kraftfahrzeugsteuer und des Beitrages zur Kraftfahr-Haftpflicht-Versicherung und
- e) die Vorlage der gegebenenfalls erforderlichen staatlichen Aufbau-, Umbau- oder Einfuhrgenehmigung².

(3) Von der Zulassungspflicht ausgenommen sind:

- a) Kleinkrafträder, Krankenfahrräder und Motorschlitten,
- b) Kraftfahrzeuge, deren Höchstgeschwindigkeit 6 km/h nicht überschreitet,
- c) Arbeitskraftfahrzeuge und land- und forstwirtschaftliche Arbeitsgeräte und
- d) Anhänger gemäß den in anderen Rechtsvorschriften enthaltenen Regelungen.

(41 Fahrten mit nicht zugelassenen zulassungspflichtigen Fahrzeugen, die sich zur Erteilung der Betriebserlaubnis oder der Zulassung notwendig machen, dürfen nur durchgeführt werden, wenn ein zeitlich befristeter Ausweis zur Fahrtberechtigung von der Zulassungsstelle ausgehändigt und ein polizeiliches Kennzeichen zugeteilt und am Fahrzeug angebracht wurde.

(51 Für Fahrten mit noch nicht zugelassenen zulassungspflichtigen Fahrzeugen zur Feststellung ihrer Gebrauchsfähigkeit (Probefahrten) oder ihrer Überführung nach einem anderen Ort (Überführungsfahrten) können Probefahrt-Zulassungsscheine und Probefahrt-Kennzeichen ausgegeben werden.

§ 10

Erteilung der Zulassung

(11 Die Zulassung ist bei der für den Wohnsitz oder Sitz des Fahrzeugeigentümers oder -halters zuständigen Zulassungsstelle oder bei der von ihr benannten Einrichtung zu beantragen. Der Antragsteller oder Beauftragte muß sich mit einem nach den Rechtsvorschriften¹ gültigen Personalausweis oder einem anderen zur Legitimation geltenden Personaldokument der Deutschen Demokratischen Republik ausweisen.

(21 Die Zulassung kann mit Auflagen oder Bedingungen erteilt werden, wenn die erforderlichen Voraussetzungen gemäß § 9 nicht vorliegen.

(31 Fahrzeugeigentümer oder -halter dürfen für jedes zulassungspflichtige Fahrzeug nur einen Fahrzeugbrief, einen Zulassungsschein und eine polizeilich bestätigte Kennzeichentafel besitzen. *³

² Z. Z. gelten

- die Anordnung vom 9. April 1963 über den Aufbau von Kraftfahrzeugen (GBl. II Nr. 38 S. 253) i. d. P. der Ziff. 10 der Anordnung vom 3. August 1971 (GBl. II Nr. 62 S. 545),

- Verordnung vom 25. Juni 1959 über die Einfuhr von Kraftfahrzeugen sowie Zubehör- und Ersatzteilen aus dem Ausland, der Deutschen Bundesrepublik und Westberlin (GBl. I Nr. 41 S. 610).